

Mut zur Differenzierung: Stellung beziehen nach dem 7. Oktober

Antragssteller*in: Daniel Gruner, Ortsverein Tübingen

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

1 Die Debatte über den Nahostkonflikt in Deutschland ist nicht nur eine Debatte über
2 Inhalte und Positionen, sondern auch immer wieder eine Debatte über das Reden und
3 Schweigen.
4 Elf Monate nach dem 7. Oktober halten wir es für nötig, unsere Position im israelisch-
5 palästinensischen Konflikt erneut festzuhalten und Stellung zu beziehen. Viele
6 Menschen haben sich mit ihren Gedanken und Emotionen zu diesem Konflikt in den
7 letzten Monaten nicht gehört und von der Politik zurückgelassen gefühlt. Insbesondere
8 mit Blick auf das grundsätzliche Versagen weiter Teile der deutschen Linken, Raum für
9 empathische und in der Sache differenzierte Positionen zu finden, müssen wir
10 feststellen: Zurecht.
11 Uns Sozialdemokrat*innen prägt eine lange Historie des Kampfes gegen Rassismus und
12 Antisemitismus. Wo immer möglicher, versuchen wir, unserer internationalistischen
13 Ausrichtung gerecht zu werden, unsere eurozentristische Sichtweise zu erweitern und
14 sind bemüht, zu Dialog und Verständigung beizutragen.

15 Kein „Aber“ für die Hamas-Terroristen

16 Am 7. Oktober 2023 überfiel die Terrororganisation Hamas Israel, ermordete über 1100
17 Menschen und entführte 250 weitere in den Gazastreifen. Seitdem befindet sich Israel
18 im Ausnahmezustand: Israelische Wohngebiete befinden sich unter ständigem
19 Beschuss, die mit der Hamas verbündete Hisbollah beschießt Israels Norden und der
20 Iran droht mit einer weiteren Eskalation des Krieges.

21 Es erschreckt uns, mit welcher Geschwindigkeit versucht wurde, diese Geschichte
22 umzuschreiben und umzudeuten. Es ist Teil unseres antifaschistischen
23 Selbstverständnisses, uns allen konsequent entgegenzustellen, die diesen Terrorakt
24 auch auf deutschen Straßen als Akt von „Rebellion“ oder „Selbstverteidigung“
25 umdeuten oder feiern wollen. Der Nahostkonflikt blickt auf eine lange, komplexe
26 Geschichte zurück. Im Verlauf haben viele Akteur*innen Kriegsverbrechen begangen
27 und Menschenrechte verletzt. Doch die Verantwortung für ihre Taten tragen die
28 Terroristen des 7. Oktobers allein. Sie sind an diesem Tag aufgestanden und haben sich
29 entschieden, Zivilist*innen zu töten. Kein historischer Umstand zwang sie dazu oder
30 rechtfertigt das. Israel hat das Recht, sich entsprechend des Völkerrechts selbst zu
31 verteidigen und sie für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen.

32 **Doppelte Solidarität mit Zivilist*innen bedeutet Raum für das Leid aller**

33 Israel reagiert auf die Hamas-Angriffe des 7. Oktober mit umfassenden Luftangriffen
34 auf die Stellungen der Hamas und danach mit einer Bodenoffensive im Gazastreifen.
35 Diese bringt unfassbares Leid über die auch zuvor schon von der Hamas-
36 Terrorherrschaft gebeutelte Bevölkerung. Dieses Leid findet noch immer selten in
37 angemessener Weise Raum in deutschen Debatten. Das liegt sowohl an den
38 Akteur*innen, die das Leid totschweigen wollen, als auch an den Akteur*innen, die
39 dieses Leid für ihre Agenda missbrauchen wollen. Für uns bedeutet Solidarität mit
40 Zivilist*innen, dass auch der Perspektive palästinensischer Zivilist*innen ein
41 unbedingter Platz in unseren Köpfen zugesprochen werden muss.

42 Dabei ist klar: Die Entmenschlichung von Palästinenser*innen muss ein Ende haben.
43 Die Wut, die Trauer und das Leid der Menschen findet bislang in der medialen
44 Berichterstattung und in der Politik nicht genug Platz. Es entsteht der Eindruck, man
45 würde palästinensischem Leben weniger Wert beimessen. Das führt zu einem
46 Glaubwürdigkeitsproblem Deutschlands und des gesamten „Westens“ und dem
47 berechtigten Vorwurf der Doppelmoral, wenn es um Menschenrechte geht. Daher
48 muss auch das palästinensische Leid mehr Raum bekommen, palästinensische
49 Geschichten müssen erzählt und gehört werden.

50 Wir widersprechen deshalb entschieden der Gleichsetzung der gesamten
51 palästinensischen Zivilbevölkerung mit der Terrororganisation Hamas. Genauso
52 entschieden widersprechen wir aber auch der Gleichsetzung der gesamten israelischen
53 Zivilbevölkerung oder gar des gesamten weltweiten Judentums mit der rechten
54 israelischen Netanyahu-Regierung. In einem Konflikt, in dem beide Seiten Schuld auf
55 sich geladen haben und in dem es auf beiden Seiten unfassbares Leid gibt, muss für
56 diese Differenzierung Zeit und Platz bleiben. Alles andere würde bedeuten, einen Teil
57 des Leids auszublenden und Opfer zu Tätern zu machen.

58 **Solidarität mit der israelischen Zivilgesellschaft!**

59 Die jüngsten Proteste in Israel, insbesondere gegen die umstrittene Justizreform und
60 die wahrgenommene Aushöhlung demokratischer Prinzipien, zeigen die Vitalität der
61 israelischen Zivilgesellschaft. Diese Bewegungen sind von zentraler Bedeutung für den
62 Erhalt der Rechtsstaatlichkeit in Israel und verdienen internationale Unterstützung.

63 Eine progressive Außenpolitik sollte diese demokratischen Kräfte stärken und
64 gleichzeitig den anhaltenden Konflikt mit den Palästinenser*innen berücksichtigen.
65 Während die israelische Gesellschaft um ihre demokratischen Werte kämpft, ist es
66 wichtig, dass der internationale Druck auf die israelische Regierung auch die
67 fortdauernde Besatzung und die völkerrechtlichen Probleme adressiert.

68 Nachdem die Angriffe des 7. Oktober zunächst zum Abebben der Proteste gegen
69 Netanyahus Justizreform geführt haben, kam es in den vergangenen Wochen und
70 Monaten wieder zu großen Demonstrationen der israelischen Zivilbevölkerung, die von
71 ihrer Regierung ein Geiselabkommen mit der Hamas forderten. An diesen Protesten
72 beteiligten sich auch und insbesondere Angehörige der Geiseln, die von der Hamas

73 noch immer unter grausamsten Bedingungen in Tunneln im Gaza-Streifen gehalten
74 werden. Parallel liefen und laufen Verhandlungen über ein solches Abkommen, auf die
75 auch unsere Bundesregierung immer wieder versucht, mit Stellungnahmen
76 einzuwirken. Es gehört zur bitteren Realität internationaler Politik, dass alle Parteien
77 an diesem Verhandlungstisch eigene Interessen haben und verfolgen, die einem
78 schnellen Abschluss der Verhandlungen im Wege stehen. Wir fordern die
79 Bundesregierung auf, in Solidarität mit den israelischen Protesten weiter und noch
80 intensiver auf einen schnellen Abschluss der Verhandlungen hinzuwirken und dabei
81 die Überlebenschancen der Geiseln in den Mittelpunkt zu stellen.

82 In Anbetracht der historischen Schuld, die das deutsche Volk mit der Shoah auf sich
83 geladen hat, ist die Sicherheit Israels völlig zurecht deutsche Staatsräson. Die
84 Solidarität Deutschlands muss aber stets der israelischen Bevölkerung und nicht
85 bedingungslos der israelischen Regierung gelten. Eine israelische Regierung und ein
86 israelischer Premier, die selbst eine Bedrohung für die israelische Sicherheit darstellen,
87 dürfen sich nicht auf deutsche Unterstützung verlassen.

88 **Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs 2024: Ein völkerrechtlicher Appell**

89 Das Gutachten des Internationalen Gerichtshof (IGH) aus 2024 sendet eine deutliche
90 Botschaft: Die anhaltende israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete
91 verstößt gegen das Völkerrecht. Israel muss sich, um diesen völkerrechtswidrigen
92 Zustand zu beenden, aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückziehen. Mit
93 diesem Gutachten stellt der Gerichtshof fest, dass Israel nicht nur gegen einzelne
94 Vorschriften des Besatzungsrechts und der Menschenrechte verstoßen hat, sondern
95 dass die israelische Besatzung insgesamt mittlerweile rechtswidrig ist. Alle Staaten
96 sind außerdem verpflichtet, diesen Zustand, der durch die unrechtmäßige Präsenz des
97 Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten entstanden ist, nicht
98 anzuerkennen.

99 Wir sehen die sofortige Auflösung der illegalen Siedlungen im Westjordanland als eine
100 notwendige Voraussetzung für langfristigen, stabilen Frieden im Nahen Osten und
101 fordern die Bundesregierung dazu auf, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken. Die lange
102 Tatenlosigkeit wird schon jetzt Folgen haben: In den Siedlungen im Westjordanland
103 sind inzwischen Menschen erwachsen geworden, die dort geboren wurden, für die
104 diese Siedlungen Heimat sind. Dieser Umstand zeigt: Die realpolitische Umsetzung
105 dieser Forderung wird nicht leicht. Aber dieser Umstand zeigt auch: Wir dürfen nicht
106 noch länger warten!

107 **Solidarität mit Palästina ist nicht Solidarität mit der Hamas**

108 Wir unterstützen das palästinensische Volk in seinem Recht auf Selbstbestimmung
109 und seinem Wunsch nach einem eigenen, palästinensischen Staat im Kontext einer
110 Zwei-Staaten-Lösung.

111 Dabei ist für uns auch klar: Die Hamas ist eine Terrororganisation und damit keine
112 legitime Repräsentation des palästinensischen Volkes. Auch die Palästinensische
113 Autonomiebehörde kann dies erst dann sein, wenn sie nicht mehr von Islamist*innen

114 kontrolliert wird. In den letzten Jahren und auch im Kontext des aktuellen Konflikts
115 benutzt die Hamas die Zivilbevölkerung in Gaza als Schutzschild: Waffen und Raketen
116 werden in Gebäuden der zivilen Infrastruktur, etwa Schulen oder Krankenhäusern,
117 gelagert. Selbst aus Flüchtlingslagern in humanitären Schutzzonen werden von der
118 Hamas Angriffe auf Israel koordiniert. Eine Organisation, die den Schutz der
119 palästinensischen Zivilbevölkerung so sträflich vernachlässigt, kann nicht ihr legitimer
120 Repräsentant sein.

121 Teil des Wegs zur Zweistaatenlösung müssen deshalb neue Bemühungen der
122 Internationalen Gemeinschaft sein, durch Maßnahmen des *state building*
123 funktionierende staatliche Strukturen sowie zivile Infrastruktur aufzubauen. Diese sind
124 notwendige Voraussetzungen für demokratische Institutionen, die eine legitime
125 Vertretung des palästinensischen Volkes für sich beanspruchen können.

126 **Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland: Eine historische und moralische** 127 **Pflicht**

128 Angesichts der deutschen Geschichte bleibt die Bekämpfung von Antisemitismus eine
129 zentrale moralische und politische Verpflichtung. Dies betrifft sowohl die Verurteilung
130 von rechtsextremen antisemitischen Ideologien als auch die Bekämpfung von
131 Antisemitismus, der sich im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt äußert.

132 Seit dem 7. Oktober 2023 haben antisemitische Vorfälle in Deutschland zugenommen.
133 Der Anstieg antisemitischer Hetze und Gewalt ist besorgniserregend und stellt eine
134 unmittelbare Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in unserem Land dar.

135 Die Bundesregierung muss entschlossen gegen antisemitische Äußerungen und Taten
136 vorgehen und präventive Maßnahmen stärken, um sicherzustellen, dass jüdische
137 Menschen in Deutschland sicher leben können. Gleichzeitig ist es wichtig, klare
138 Unterschiede zwischen berechtigter Kritik an israelischer Politik und antisemitischen
139 Äußerungen zu ziehen.

140 Zusätzlich sollte die Bildung über Antisemitismus und die Geschichte des jüdischen
141 Volkes ein zentraler Bestandteil unserer Bildungsarbeit sein. Aufklärung und
142 Sensibilisierung sind entscheidend, um Vorurteile abzubauen und ein besseres
143 Verständnis für die Realität des Antisemitismus zu schaffen.

144 **Rassismus schützt niemanden**

145 Der Hass und das Misstrauen, das weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung in
146 Deutschland – auch und insbesondere all jenen Muslim*innen, die überhaupt keine
147 Verbindung zu Palästina oder dem Konflikt als solchen haben – entgegenschlägt, sind
148 Ausdruck eines immer noch vorhandenen tiefgreifenden strukturellen Rassismus in
149 diesem Land.

150 Insbesondere angesichts des erstarkenden Rechtsextremismus, der diese Situation nun
151 für sich nutzen will, muss uns klar sein, dass die Übernahme rechter Narrative kein
152 Beitrag zur Sicherheit jüdischer Menschen in Deutschland ist.

153 **Versammlungsfreiheit wahren - Antisemitismus konsequent ahnden!**

154 Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Versammlungsfreiheit in Deutschland
155 geschützt wird, insbesondere wenn Menschen ihre Trauer über das Leid im
156 Gazastreifen und ihre Solidarität mit den Palästinenser*innen ausdrücken. Ein
157 pauschales Verbot solcher Versammlungen gefährdet nicht nur die Grundrechte,
158 sondern trägt auch zu einer weiteren Eskalation bei. In dieser Situation erwarten wir
159 von Behörden, jede Demonstration individuell zu prüfen und sorgfältig abzuwägen, ob
160 sie stattfinden kann oder verboten werden muss. Dennoch muss unmissverständlich
161 klar sein, dass jeglicher Antisemitismus und jede Form von Volksverhetzung
162 inakzeptabel sind. Solche Vorfälle müssen unterbunden und strafrechtlich verfolgt
163 werden.

164 **Den Teufelskreis verlassen**

165 Die Menschen in diesem Konflikt werden keinen Frieden finden, wenn ihnen die Spirale
166 der Gewalt wieder und wieder jegliche Zukunftsperspektive verbaut. Der
167 Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur im Gazastreifen wird Jahre dauern. Das
168 Vertrauen der Menschen in liberale Prinzipien können wir nur aufbauen, wenn wir
169 diesen Prozess aktiv unterstützen. Die Bundesregierung muss auf die Zwei-Staaten-
170 Lösung pochen und sich der fortschreitenden Marginalisierung des
171 Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser*innen entgegenstellen. Funktionierende
172 internationale Organisationen sind für die Rückkehr zu einer regelbasierten Ordnung
173 zentral: Deutschland muss sich sowohl gegen einseitig Anti-Israelische Resolutionen
174 bei den UN, als auch gegen die Delegitimierung internationaler Gerichte von
175 israelischer Seite wehren – ihre Urteile müssen akzeptiert und umgesetzt werden.

176 Unsere diplomatischen Anstrengungen müssen auf einen sofortigen Waffenstillstand
177 und die Freilassung aller israelischen Geiseln hinwirken. Dabei sollte das Prinzip einer
178 doppelten Solidarität Leitbild sein, die die Gleichzeitigkeit von Leid anerkennt.